

Stadt Frankfurt - Dezernat V
Bau, Immobilien, Reformprojekte, Bürgerservice und IT
Herrn Jan Schneider
Sandgasse 4
60311 Frankfurt am Main

Ansprechpartner:
Uli Breuer: (0179) 6909xxx
Roland Schäfer: (0172) 6820xxx
Walter Schmidt: (0152) 21512xxx

Spendenkonto:
IBAN: DE76 5009 0900 5148 1976 00
BIC: GENODEF1P06

Frankfurt, den **15.12.2020**

Smart City FFM – Gesamtstädtische Digitalisierungsstrategie

Sehr geehrter Herr Schneider,

mit Interesse haben die Mitglieder der Bürgerrechtsgruppe **dieDatenschützer Rhein Main** den von Ihnen präsentierten Entwurf für eine gesamtstädtische Digitalisierungsstrategie zur Kenntnis genommen.

Wir möchten Ihnen und den Fraktionen in der Stadtverordnetenversammlung aus unserer Sicht eine erste Rückmeldung zu der von Ihnen vorgelegten Ausarbeitung „Smart City FFM – Gesamtstädtische Digitalisierungsstrategie“ zur Kenntnis geben.

1.
Eine im Sinne der Frankfurter Bürgerschaft erfolgreiche gesamtstädtische Digitalisierungsstrategie setzt zwingend voraus, dass von Beginn an die Zivilgesellschaft, Bürgerinitiativen, Vereine und eine möglichst große Zahl von Bürger*innen in die Debatte einbezogen werden.

2.
Die Mitglieder der Bürgerrechtsgruppe **dieDatenschützer Rhein Main** sind an einer solchen Einbeziehung in die beginnende Diskussion interessiert und würden gerne in Arbeits- und Projektgruppen mitarbeiten, die zur Ausgestaltung der Schritte für eine „Smart City FFM“ gebildet werden.

3.
In unserer Nachbarstadt Darmstadt wird seit zwei Jahren eine Diskussion über die Digitalstadt Darmstadt geführt. Ein in Darmstadt gebildeter Ethik- und Technologiebeirat hat **Ethische Leitplanken** für die Entwicklung Darmstadts zur Digitalstadt beschlossen (siehe <https://www.digitalstadt-darmstadt.de/digitalstadt-darmstadt/beiraete/>). Wir würden es begrüßen, wenn – unter Einbeziehung von Vertreter*innen von Bürgerinitiativen und Vereinen – auch für Frankfurt eine vergleichbare Positionierung erfolgen würde.

4.
Eine transparente gesamtstädtische Digitalisierungsstrategie würde wirkungsvoll unterstützt durch die Verabschiedung einer kommunalen **Informationsfreiheits- und Transparenzsetzung für die Stadt Frankfurt**.

Die Forderung der Bürgerrechtsgruppe **dieDatenschützer Rhein Main** nach einer solchen Satzung findet Rückhalt in der Frankfurter Zivilgesellschaft. Deutlich wird dies in der Unterstützung eines ent-



sprechenden Vorschlags auf dem Bürgerbeteiligungsportal der Stadt Frankfurt (siehe <https://www.ffm.de/frankfurt/de/ideaPtf/45035/single/1580>). Dieser Vorschlag wird unterstützt von mehr als 250 Frankfurter Bürger*innen, darunter Stadtverordneten und Ortsbeiratsmitgliedern von FDP, Grüne, Linke, Partei und Piraten sowie Vertreter*innen von Bürgerinitiativen und Vereinen unterstützt.

5.

Für weitere Veröffentlichungen zum Thema „Smart City FFM – Gesamtstädtische Digitalisierungsstrategie“ möchten wir anregen, dass eine Sprache gewählt wird, die weniger von englischen und/oder technischen Fachbegriffen geprägt und stärker an der „Alltagssprache“ orientiert ist. Dies würde aus unserer Sicht einen Beitrag dazu leisten, die Beteiligung aus der Frankfurter Bürgerschaft an der Diskussion des Projekts erhöhen.

Abschließend möchten wir Sie bitten, uns gegenüber zu den hier gemachten Vorschlägen Stellung zu nehmen. Wir sind auch gerne zu anderen Formen des Dialogs bereit, soweit die gegenwärtig grassierende Pandemie dies zulässt.

Mit freundlichen Grüßen

dieDatenschützer Rhein Main

gez. Uli Breuer

gez. Kurt Müller

gez. Roland Schäfer

gez. Walter Schmidt

In Kopie zur Kenntnis an
Fraktionen in der Stadtverordnetenversammlung

dieDatenschützer Rhein Main sind

- eine Gruppe des Arbeitskreis Vorratsdatenspeicherung (<http://vorratsdatenspeicherung.de/>),
- Partner der Aktion: „Stoppt die e-Card!“ (<http://www.stoppt-die-e-card.de/>),
- Partner des Bündnis „Demokratie statt Überwachung“ (<https://www.demokratie-statt-ueberwachung.de/>),
- Partner des Frankfurter Bündnis gegen TTIP, CETA und TISA (<https://ttipstoppenffm.wordpress.com/>) und
- Partner der „Initiative Finanzplatz Frankfurt“ (<https://ddrm.de/wp-content/uploads/IFiF-Verfassung-201605.pdf>).

Hervorgegangen ist die Gruppe aus der Volkszählungsbewegung „11gegenZensus11“.

Die aktuellen Arbeitsschwerpunkte sind ein unabhängiges Frankfurter Datenschutzbüro, die Videoüberwachung des öffentlichen Raums und von politischen Aktivitäten (Demonstrationen und Kundgebungen), die elektronische Gesundheitskarte, die Vorratsdatenspeicherung sowie weitere Datenschutzthemen.